

**Ausschuss für Inneres und Sport**  
(74. Sitzung am 3. Dezember 2015)

**Beratungsthemen:**

**Außerhalb der Tagesordnung:**

*Auf einen entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion kam der Ausschuss überein, sich in einer seiner nächsten Sitzungen durch die Landesregierung über die bisherigen Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung der Landespolizei unterrichten zu lassen.*

**Erster öffentlicher Sitzungsteil**

**1. Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Stadt Helmstedt, Landkreis Helmstedt**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3698](#)

*Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurde:*

- Prof. Dr. Axel Saipa, TU Clausthal, Lehrbeauftragter Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel

*Der Ausschuss setzte die Beratung fort und kam überein, die zu der Anhörung eingeladenen Personen und Institutionen, die abgesagt haben, um eine nachträgliche schriftliche Stellungnahme zu bitten. Ferner kam er überein, den Gesetzentwurf im Januar 2016 wieder auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die angefragten Stellungnahmen sowie die seitens des GBD angekündigte Stellungnahme vorliegen.*

**2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Vorschriften**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3759](#)

*Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung (Vorlage 18) anzunehmen und die im Zusammenhang damit behandelte Eingabe 2140 für erledigt zu erklären.*

*Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht. Die Berichterstattung übernahm Abg. Michael Höntsch (SPD).*

**3. a) Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung der Gemeinden Banteln, Betheln, Brüggen, Despetal, Rheden und der Stadt Gronau (Leine) sowie über die Neubildung des Fleckens Duingen und der Samtgemeinde Leinebergland, Landkreis Hildesheim**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4488](#)

**b) Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Gemeinde Freden (Leine), Landkreis Hildesheim**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4662](#)

*Der Ausschuss erörterte die Grundzüge der Gesetzentwürfe unter a) und b) und schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag jeweils einstimmig, die Gesetzentwürfe in geänderter Fassung (Vorlage 1) anzunehmen.*

*Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht. Die Berichterstattung übernahm Abg. Bernd Lynack (SPD).*

**4. Diskriminierung in Sicherheitsbehörden entgegentreten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3838](#)

*Der Ausschuss beschloss, den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT und die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe gem. § 18 b Abs. 4 Satz 4 GO LT um eine Stellungnahme zu dem Antrag zu bitten. Ferner kam er überein, sich durch die Landesregierung schriftlich über den aktuellen Sachstand unterrichten zu lassen und eine schriftliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Über den Kreis der Anzuhörenden sollen sich die Sprecher der Fraktionen am Rande des Dezember-Plenums verständigen.*

**5. Asylverfahren entlasten und vorübergehenden Schutz durch spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren - Gesetzentwurf zur Gewährung vorübergehenden nationalen humanitären Schutzes in den Bundesrat einbringen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/4521](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Er bekräftigte seine Beschlüsse aus der 73. Sitzung, die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 4 GO LT und den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT um eine zeitnahe Stellungnahme zu dem Antrag und die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Ferner kam er überein, die Landesregierung um eine schriftliche Stellungnahme zu der Frage zu bitten, inwiefern der Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes diesen Antrag berühre.*

**Nicht öffentlicher Sitzungsteil**

**6. Unterrichtung durch die Landesregierung über den Einsatz des Spezialeinsatzkommandos Niedersachsen (SEK NI) in Hameln am 18. November 2015**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen. Er kam überein, die Niederschrift über die Unterrichtung auch dem Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zukommen zu lassen.*

**Zweiter öffentlicher Sitzungsteil**

**7. Vorbereitung einer Informationsreise nach Rumänien und Bulgarien**

*Der Ausschuss setzte die Planungen der Informationsreise fort.*